

16./IV. 1915

Kriegsbeschädigten-Fürsorge. Am 9. April fand unter dem Voritze des Landeshauptmanns der Provinz Sachsen, Wirklichen Geheimen Rats Freiherrn v. Wilmowski, eine Konferenz der deutschen Landesversicherungsanstalten über ihre Beteiligung an der Kriegsbeschädigten-Fürsorge im Rathause zu Erfurt statt. Es waren Vertreter sämtlicher deutschen Landesversicherungsanstalten anwesend. Die Konferenz nahm auf Antrag des Berichtserstatters, Geheimrats Dr. Schroeder-Kassel, nachfolgende Entschliebung an:

1) Die deutschen Landesversicherungsanstalten sind berufen und gewillt, sich an der Kriegsbeschädigten-Fürsorge im größtmöglichen Umfange zu beteiligen, und zwar nicht nur auf dem Gebiete der ärztlichen Fürsorge (Heilverfahren), sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete (Berufsberatung, Berufsumschulung, Arbeitsvermittlung usw.).

2) Die deutschen Landesversicherungsanstalten sind der Anschauung, daß ihr eigenes Interesse, das in der auch volkswirtschaftlich notwendigen Verhütung des Eintritts dauernder Erwerbsunfähigkeit der Versicherten besteht, das Eintreten der Versicherungsanstalten auf ärztlichem und wirtschaftlichem Gebiete schon vor der Entlassung der Kriegsbeschädigten aus dem Heeresdienste fordert, und daß zur Klärung der Zuständigkeitsfragen Abkommen mit der Militärverwaltung zweckmäßig erscheinen.

3) Der ständige Ausschuß wird beauftragt, mit dem preussischen Kriegsministerium über die Grundlage (Richtlinien) vom Abkommen zu verhandeln, die mit örtlichen, eventuell propinziellen Organen der Militärverwaltung abzuschließen sind und deren Abschließung sämtlichen Landesversicherungsanstalten freisteht.

Die Beschlußfassung über die Beteiligung an der Kriegsbeschädigten-Fürsorge war eine einstimmige. Die Annahme der Leitsätze über den Abschluß von Abkommen mit der Militärverwaltung erfolgte gegen einige Stimmen, weil in den Bezirken dieser Anstalten ein solches Abkommen nicht für erforderlich gehalten wurde.

Der anwesende Chef der Medizinalabteilung des preussischen Kriegsministeriums, Generalarzt Dr. Schulzen, gab überaus entgegenkommende Erklärungen ab, insbesondere erklärte er sich bereit, in die gewünschten Verhandlungen über die Grundlage von Abkommen einzutreten.